MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

30. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 13. September 1977

Nummer 81

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
2005	22. 8. 1977	RdEr. d. Innenministers Verwaltungsvorschriften zum Landesorganisationsgesetz	1182
2023	18. 8. 1977	RdErl. d. Innenministers Beiträge nach § 8 KAG für die Herstellung von Fußgängergeschäftsstraßen	1183
20500	18. 8. 1977	RdErl. d. Innenministers Wahrnehmung von Wirtschaftsverwaltungsaufgaben für Polizeieinrichtungen ohne eigene Wirtschaftsverwaltung	1183
2122	18. 8. 1977	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Richtlinien über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten für Berufe des Gesundheits- und Sozialwesens	1184
2370	12. 8. 1977	RdErl. d. Innenministers Bestimmungen über die Gewährung von Verwaltungskostenbeiträgen an die Bewilligungsbehörden oder vorprüfenden Stellen (Verwaltungskostenbestimmungen 1973 – VerwKB 1973 –)	1184
54	18. 8. 1977	RdErl. d. Innenministers Geltendmachung von Manöver- und Übungsschäden	1184
8300	4. 8. 1977	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Bundesversorgungsgesetz (BVG); Zusammentreffen von Zuschüssen nach § 12 Abs. 2 BVG mit Beihilfen nach beamtenrechtlichen Bestimmungen	1187

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Titel	Seite
31. 8. 1977	Ministerpräsident Bek. – Verlust eines Dienstausweises	1188
	Personalveränderung Landesrechnungshof	1188

2005

I.
**Verwaltungsvorschriften
zum Landesorganisationsgesetz**

RdErl. d. Innenministers v. 22. 8. 1977 -
I C 2 / 15-20.321

I.

Das Verzeichnis der Aufgaben, die Landesmittelbehörden im Bezirk anderer Landesmittelbehörden übertragen worden sind (Anlage 1 zu den Verwaltungsvorschriften zum LOG - RdErl. d. Landesregierung v. 12. 2. 1963 - SMBl. NW. 2005 -), wird wie folgt geändert:

1. Nach den Wörtern

dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf
für den Regierungsbezirk Köln

erhält der nachfolgende Absatz folgende Fassung:

„Prüfung der Fachkunde nach § 9 Abs. 1 WaffG. (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 der Verordnung zur Durchführung des Waffengesetzes vom 29. Juni 1976 - GV. NW. S. 243/SGV. NW. 7111 -),“

2. nach den Wörtern

dem Regierungspräsidenten in Münster
für die Regierungsbezirke Arnsberg und Detmold

erhält der nachfolgende Absatz folgende Fassung:

„Prüfung der Fachkunde nach § 9 Abs. 1 WaffG. (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung zur Durchführung des Waffengesetzes vom 29. Juni 1976 - GV. NW. S. 243/SGV. NW. 7111 -),“

II.

Das Verzeichnis der Aufgaben, die unteren Landesbehörden im Bezirk anderer unterer Landesbehörden übertragen worden sind (Anlage 2 zu den Verwaltungsvorschriften zum LOG - RdErl. d. Landesregierung v. 12. 2. 1963 - SMBl. NW. 2005 -), wird wie folgt geändert:

1. Nr. 4.6 erhält folgende Fassung:

„Finanzamt Düsseldorf-Süd - keine
(vgl. FÄ Düsseldorf-Altstadt, Düsseldorf-Mettmann,
Düsseldorf-Nord)“

2. In Nr. 6.22 (FA Hamm) werden die Wörter „in die kreisfreie Stadt Hamm und“ gestrichen.

3. Nr. 8 erhält folgende Fassung:

8. Nach der Verordnung über die Zuständigkeiten im Meß- und Eichwesen - EichZustVO - vom 3. Februar 1976 (GV. NW. S. 58 / SGV. NW. 7133) sind folgenden Eichämtern nachstehende Aufgaben in Bezirken anderer Eichämter übertragen worden:

8.1 Eichamt Bielefeld

Eichung von Feingewichten
in den Bezirken der Eichämter Arnsberg, Paderborn,

Eichung von Zustandsmengennummern für Gas
in dem Bezirk des Eichamtes Paderborn;

8.2 Eichamt Dortmund

Eichung von Zeitmeßgeräten, Augentonometern, Meßgeräten für Geräuschmessungen, Strahlenschutzmeßgeräten

in den Bezirken aller anderen Eichämter im Lande NW,

Eichung von Handelsmeßbändern, Temperaturmeßeinrichtungen in Lagerbehältern und Rohrleitungen, Meßgeräten zur kontinuierlichen Dichtemessung und Massezählern, Kaltwasserzählern bis 20 m³/h Nennbelastung im Amt, Gaszählern bis Größe NB 20 oder G 16 im Amt, Gasdurchflußintegratoren, selbsttätigen Gaskalorimetern, Meßgeräten zur Bewertung von Getreide, Druckmeßgeräten mit Ausnahme der Blutdruck- und Reifenluftdruckmeßgeräte, Meßgeräten für Elektrizität, Meßgeräten für die amtliche Überwachung der Geschwindigkeit vorbeifahrender Fahrzeu-

ge, Aufsicht über Prüfstellen für Elektrizitäts-, Gas- und Wassermeßgeräte

in den Bezirken der Eichämter Bielefeld, Hagen, Münster, Arnsberg, Paderborn, Recklinghausen,

Eichung von Feingewichten

in den Bezirken der Eichämter Hagen, Münster, Recklinghausen,

Eichung von Zustandsmengennummern für Gas

in den Bezirken der Eichämter Münster, Recklinghausen,

Überwachung der Füllmengen von Fertigpackungen sowie der Volumen von Flaschen als Maßbehältnisse und von formbeständigen Behältnissen

in dem Bezirk des Eichamtes Arnsberg;

8.3 Eichamt Düsseldorf

Eichung von Kaltwasserzählern bis Größe NW 300 im Amt, Gaszählern bis Größe NB 500 im Amt, Vorprüfung von Füllstandsmeßgeräten

in den Bezirken aller anderen Eichämter im Lande NW,

Eichung von Kaltwasserzählern bis 20 m³/h Nennbelastung im Amt, Gaszählern bis Größe NB 20 oder G 16 im Amt, Meßgeräten zur kontinuierlichen Dichtemessung und Massezählern, Gasdurchflußintegratoren, selbsttätigen Gaskalorimetern, Meßgeräten für die amtliche Überwachung der Geschwindigkeit vorbeifahrender Fahrzeuge, Aufsicht über Prüfstellen für Gas- und Wassermeßgeräte

in den Bezirken der Eichämter Köln, Aachen, Duisburg, Krefeld,

Überwachung der Füllmengen von Fertigpackungen sowie der Volumen von Flaschen als Maßbehältnisse und von formbeständigen Behältnissen

in dem Bezirk des Eichamtes Krefeld;

8.4 Eichamt Duisburg

Eichung von Volumenmeßgeräten für Laboratoriumszwecke, Pyknometern, medizinischen Spritzen, Zellenzählkammern, Blutmischpipetten und Blutsenkungsrohren, Meßgeräten für milchwirtschaftliche Untersuchungen

in den Bezirken aller anderen Eichämter im Lande NW,

Eichung von Meßgeräten zur Bewertung von Getreide
in den Bezirken der Eichämter Köln, Aachen, Düsseldorf, Krefeld,

Eichung von Feingewichten, Zustandsmengennummern für Gas

in dem Bezirk des Eichamtes Krefeld;

8.5 Eichamt Hagen

Eichung von Zustandsmengennummern für Gas
in dem Bezirk des Eichamtes Arnsberg;

8.6 Eichamt Köln

Eichung von Präzisionsmaßstäben und Präzisionsmeßbändern, Warmwasserzählern und Wärmezählern, elektrischen Temperaturmeßeinrichtungen mit Ausnahme der Temperaturmeßeinrichtungen in Lagerbehältern und Rohrleitungen, Radlastmessern, Meßgeräten des Zoll- und Steuerrechtes nach § 2 Abs. 1 EichG, Aufsicht über Prüfstellen für Wärmemengenmeßgeräte

in den Bezirken aller anderen Eichämter im Lande NW,

Eichung von Handelsmeßbändern, Temperaturmeßeinrichtungen in Lagerbehältern und Rohrleitungen, Druckmeßgeräten mit Ausnahme der Blutdruck- und Reifenluftdruckmeßgeräte, Meßgeräten für Elektrizität, Aufsicht über Prüfstellen für Elektrizitätsmeßgeräte

in den Bezirken der Eichämter Aachen, Düsseldorf, Duisburg, Krefeld

Eichung von Feingewichten, Zustandsmengennummern für Gas

in dem Bezirk des Eichamtes Aachen.

Zuständige Behörde für die Beschlußprüfung nach den §§ 16 bis 19 Waffengesetz (Verordnung zur Durchführung des Waffengesetzes vom 29. Juni 1976 - GV. NW. S. 243/SGV. NW. 7111)

für das Land Nordrhein-Westfalen.

III.

In der Übersicht über die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Landes Nordrhein-Westfalen unterstehen (Anlage 3 zu den Verwaltungsvorschriften zum LOG - RdErl. d. Landesregierung v. 12. 2. 1963 - SMBl. NW. 2005 -) werden in dem Abschnitt

„Sonstige Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts“

folgende Wörter angefügt:

„Fischereigenossenschaften nach dem Landesfischereigesetz“.

- MBl. NW. 1977 S. 1182.

2023

Beiträge nach § 8 KAG für die Herstellung von Fußgängergergeschäftsstraßen

RdErl. d. Innenministers v. 18. 8. 1977 -
III B 1 - 4/10 - 456/77

Zur Frage der Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für den Umbau normaler Straßen zu Fußgängerzonen hat das OVG Münster in dem Urteil vom 23. 11. 1976 - II A 1766/74 - ausführlich Stellung genommen. Da das Urteil noch nicht veröffentlicht ist, werden die wesentlichen Aspekte des Urteils wegen seiner Aktualität vorweg wie folgt zur Kenntnis gebracht:

Das OVG Münster hält an seiner bereits früher vertretenen Auffassung (vgl. Ur. v. 25. 8. 1975 - II A 232/74 -, Der Gemeindehaushalt 1976, 140) fest, daß Straßenbaubeiträge nach § 8 KAG auch für den Umbau normaler Straßen zu Fußgängerzonen erhoben werden können, wenn die Maßnahmen für die Eigentümer der Anliegergrundstücke mit wirtschaftlichen Vorteilen im Sinne des § 8 Abs. 2 Satz 2 KAG verbunden sind. Ein mit der Schaffung von Fußgängerzonen verbundener wirtschaftlicher Vorteil könne - entgegen der Auffassung des OVG Rheinland-Pfalz, Beschluß v. 7. 7. 1976 - 6 B 34/76 -, Kommunale Steuerzeitung (KStZ) 1976, 179 - nicht mit der Begründung verneint werden, daß der Vorteil nicht durch die straßenbauliche Maßnahme, sondern durch die straßenverkehrsrechtliche Sperrung der Fußgängerzone für den Fahrzeugverkehr bzw. die straßenrechtliche Beschränkung der Nutzung auf den Fußgängerverkehr verursacht worden sei. Allerdings müsse nicht jede Umgestaltung einer normalen Straße zur Fußgängerzone mit wirtschaftlichen Vorteilen für die Anlieger verbunden sein. Um diese feststellen zu können, bedürfte es vielmehr eines Vergleichs der Situation der Anliegergrundstücke vor dem Ausbau mit der infolge des Ausbaus eingetretenen veränderten Lage. Allgemein gültige Feststellungen hierzu seien auf Grund der bisher mit Fußgängerzonen gemachten Erfahrungen jedoch nicht möglich. Nach Auffassung des Gerichts kommt es in jedem Einzelfall insbesondere darauf an, welche Möglichkeiten für den Fußgängerverkehr vor dem Umbau bestanden und wie sich der Fahrzeugverkehr ausgewirkt hat. Ferner sei die Lage der Fußgängerzone im Stadtgebiet und ihre Anbindung an das übrige Straßennetz von Bedeutung. Wichtig sei auch die Möglichkeit, mit öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln in die Nähe der Fußgängerzone zu gelangen. Von Einfluß auf die Beurteilung der Vorteilsfrage sei es weiter, ob und gegebenenfalls wann und wie die Anliegergrundstücke mit Fahrzeugen erreicht werden können, insbesondere um Waren an- und auszuliefern. Auch das Fehlen oder Vorhandensein bestimmter Geschäfte in benachbarten (normalen) Straßen könne sich auswirken.

Da die Bemessung der Vorteile der Anlieger und der Allgemeinheit bei Fußgängerzonen von den Umständen des Einzelfalles abhängt, erscheint dem OVG Münster insoweit der Erlaß von Einzelsatzungen zweckmäßig (vgl. auch § 3 Abs. 7 der mit RdErl. v. 28. 5. 1971 - SMBl. NW. 2023 - bekanntgegebenen Mustersatzung über die Erhe-

bung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen).

Unabhängig von der Frage, ob die Schaffung einer Fußgängerzone an sich geeignet ist, den Eigentümern der Anliegergrundstücke wirtschaftliche Vorteile zu bieten, bedarf es nach Ansicht des Gerichts außerdem noch einer rechtlichen Absicherung dieser Vorteile. Für das Erschließungsbeitragsrecht sei nämlich anerkannt, daß der durch den Beitrag abzugeltende Vorteil sicher und von Dauer sein muß. Sofern eine bisher auch dem Fahrzeugverkehr gewidmete Straße in eine Fußgängerzone umgewandelt wird, müsse die Widmung durch eine Teileinziehung nach § 7 des Landstraßengesetzes auf die Benutzungsart Fußgängerverkehr beschränkt werden, wenn für die Maßnahme Beiträge nach § 8 KAG erhoben werden sollen. Das Aufstellen von Verkehrszeichen reicht nach Auffassung des OVG Münster nicht aus, da die hiermit getroffenen Anordnungen zeitlich uneingeschränkt anfechtbare Verwaltungsakte sind, so daß stets die Gefahr einer Aufhebung der straßenverkehrlichen Sperrung einer Fußgängerzone auf eine Klage hin bestehen bleibt. Ist eine Beitragspflicht wegen der fehlenden Umwidmung nicht entstanden, so kann diese noch nachgeholt werden. Das OVG Münster schließt sich insoweit der zum Erschließungsbeitragsrecht vertretenen Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts an, nach der die Beitragspflicht erst mit der Widmung entsteht, wenn diese der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlage nachfolgt.

Das OVG Münster kommt weiter zu dem Ergebnis, daß der Umbau von Straßen, Wegen und Plätzen zu einer Fußgängerzone nicht als eine Verbesserung, sondern als eine (nachmalige) Herstellung einer öffentlichen Anlage im Sinne des § 8 KAG anzusehen ist. § 1 der von mir herausgegebenen Mustersatzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG für straßenbauliche Maßnahmen erstreckt sich jedoch nur auf die Erweiterung und Verbesserung von Erschließungsanlagen. Sofern diese Regelung in das gemeindliche Satzungsrecht übernommen worden ist, bedarf es insoweit einer Ergänzung der Satzung, als auch die Herstellung von Anlagen mit einzubeziehen ist. Darüber hinaus ist es zweckmäßig, die (nachmalige) Herstellung einer Straße als Fußgängerzone in den Katalog des beitragsfähigen Aufwandes (vgl. § 2 Abs. 1 der Mustersatzung) aufzunehmen.

Eine formelle Änderung der Mustersatzung ist z. Z. nicht beabsichtigt, weil die Verwaltungsrechtsprechung zum Beitragsrecht nach § 8 KAG, insbesondere auch zum Beitragsbemessungsmaßstab, mit dem das OVG Münster sich auch in dem Urteil vom 23. 11. 1976 auseinandersetzt, noch nicht als abgeschlossen angesehen werden kann.

- MBl. NW. 1977 S. 1183.

20500

Wahrnehmung von Wirtschaftsverwaltungsaufgaben für Polizeieinrichtungen ohne eigene Wirtschaftsverwaltung

RdErl. d. Innenministers v. 18. 8. 1977 -
IV D 1 - 5014

Nummer 1 meines RdErl. v. 7. 9. 1970 (SMBl. NW. 20500) erhält folgende Fassung:

- 1 Die Wirtschaftsverwaltungsaufgaben werden wahrgenommen für
  - 1.1 die Polizei-Beschaffungsstelle,
den Fernmeldedienst der Polizei,
die Landeskriminalschule
durch das Landeskriminalamt,
  - 1.2 die Direktion der Bereitschaftspolizei,
die Abteilung VI der Bereitschaftspolizei
durch die Abteilung I der Bereitschaftspolizei,
  - 1.3 die Landespolizeischule für Diensthundführer
durch die Landespolizeischule „Erich Klausener“,

- 1.4 den Werbe- und Auswahldienst der Polizei,
die in Münster untergebrachten Teile
der Abteilung I der Bereitschaftspolizei
durch die Höhere Landespolizeischule „Carl Seve-
ring“.

- MBl. NW. 1977 S. 1183.

2122

**Richtlinien
über die Vergütung von Prüfungstätigkeiten
für Berufe des Gesundheits- und Sozialwesens**

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und
Soziales v. 18. 8. 1977 - V A 1 - 0825.01

Mein RdErl. v. 12. 4. 1976 (SMBl. NW. 2122) wird wie folgt
geändert:

1. Nummer 1.6 erhält folgende Fassung:
    - 1.6 für die Prüfung der Amtsärzte
erhalten die Prüfer zusammen

für den mündlichen Teil	200,— DM
für den schriftlichen Teil	60,— DM
insgesamt	260,— DM
2. Nummer 1.7 erhält folgende Fassung:
  - 1.7 für die pharmazeutische Prüfung
erhalten die Prüfer zusammen

für den Zweiten Prüfungsabschnitt	64,— DM
für den Dritten Prüfungsabschnitt	48,— DM
insgesamt	112,— DM
3. Nummer 2.1 erhält folgende Fassung:
  - 2.1 Für die Prüfungen für technische
Assistenten in der Medizin,
Assistenten in der Sprachheilkunde
(Logopäden), Beschäftigungs- und
Arbeitstherapeuten erhalten die
Prüfer zusammen

	80,— DM

- MBl. NW. 1977 S. 1184.

2370

**Bestimmungen
über die Gewährung von Verwaltungskosten-
beiträgen an die Bewilligungsbehörden oder
vorprüfenden Stellen
(Verwaltungskostenbestimmungen 1973 -
VerwKB 1973 -)**

RdErl. d. Innenministers v. 12. 8. 1977 -
VI A 1 - 4.026 - 1435/77

Der RdErl. v. 25. 9. 1972 (SMBl. NW. 2370) wird wie folgt
geändert:

1. In Nr. 1 Satz 1 erhält der letzte Halbsatz in der Klam-
mer folgende Fassung:
zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. Dezember
1976 (GV. NW. 1977 S. 4), - SGV. NW. 237 -
2. Nr. 3 Abs. 3 erhält folgende Fassung:
(3) Im Regionalprogramm des Bundes beträgt der Ka-
pitalisierungsfaktor abweichend von Nummer 2 Abs. 5
Satz 2 6,75 v. H., wenn das Aufwendungsdarlehen nach
dem Betrage von 2,70 Deutsche Mark je Quadratmeter
Wohnfläche monatlich berechnet worden ist. Liegt der
Berechnung des Aufwendungsdarlehens ein höherer
Betrag je Quadratmeter Wohnfläche monatlich zugrun-
de, erhöht sich der Kapitalisierungsfaktor um 0,25 v. H.
je 0,10 Deutsche Mark Quadratmeter Wohnfläche mo-
natlich, um die der Betrag von 2,70 Deutsche Mark
überschritten ist.
3. In Nr. 6 wird das Datum „1. Januar 1975“ durch „1. Juli
1977“ ersetzt.

- MBl. NW. 1977 S. 1184.

54

**Geltendmachung
von Manöver- und Übungsschäden**

RdErl. d. Innenministers v. 18. 8. 1977 -
VII A 3 - 6.43

Der RdErl. v. 3. 4. 1969 (SMBl. NW. 54) wird wie folgt ge-
ändert:

1. In Nr. 2 letzter Satz werden die Worte „Amts- und“ ge-
strichen.
2. In Nr. 3 werden die Worte „Landkreis oder der kreisfrei-
en Stadt“ durch die Worte „Kreis oder der zuständigen
kreisfreien Stadt“ ersetzt.
3. In Nr. 4.2 werden Datum und Fundstelle „v. 5. 9. 1969
(MinBilFin S. 523)“ durch „v. 24. 2. 1977 (MinBilFin S. 59)“
ersetzt.
4. In Nr. 5 Satz 1 werden die Worte „(§ 3 der Vierten Ver-
ordnung über die zuständigen Behörden nach dem Ge-
setz zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzver-
einbarungen vom 13. Februar 1973 - GV. NW. S. 62/SGV.
NW. 67 -)“ gestrichen.
5. Nr. 5 Ziff. 3 erhält folgende Fassung:

3. der kreisfreien	den Regierungsbezirk
Stadt Köln	Köln, ausgenommen die
	kreisfreie Stadt Aachen
	sowie die Kreise Aachen,
	Düren und Heinsberg
6. In Nr. 8 wird das Wort „Landkreis“ durch das Wort
„Kreis“ ersetzt.
7. Die Anlage erhält die beigegefügte Fassung.

Anlage

**Regionale Zuständigkeitsbereiche der Standortverwaltungen
mit Geländebetreuungsaufgaben**

Lfd. Nr.:	Standortverwaltung mit Geländebetreuungsaufgaben	Zuständigkeitsbereich Kreisfreie Stadt Kreis	= (S) = (K)	mit folgenden Einschränkungen
1	Augustdorf	Bielefeld Gütersloh Lippe Paderborn Höxter Herford Minden-Lübbecke	(S) (K) (K) (K) (K) (K) (K)	ohne Gemeinden Büren und Wünnenberg (siehe StOV Unna)
2	Düren	Erftkreis Düren Euskirchen Bonn Rhein-Sieg-Krs.	(K) (K) (K) (S) (K)	ohne Gemeinde Hürth (siehe StOV Wahn) ohne Gemeinden Aldenhoven, Linnich, Titz, Jülich (siehe StOV Eschw.-Stolberg) ohne Gemeinden Niederkassel, Troisdorf (siehe StOV Wahn)
3	Eschweiler-Stolberg	Heinsberg Düren Aachen Aachen Viersen	(K) (K) (S) (K) (K)	nur Gemeinden Aldenhoven, Linnich, Titz, Jülich (siehe StOV Düren) nur Gemeinde Niederkrüchten (siehe StOV Essen)
4	Essen	Essen * Duisburg Mülheim Oberhausen Bottrop Gelsenkirchen Recklinghausen Düsseldorf Krefeld Mönchengladbach Neuss Viersen Mettmann	(S) (S) (S) (S) (S) (S) (K) (K) (S) (S) (S) (K) (K) (K)	ohne TrÜbPl Haltern (siehe StOV Münster) ohne Gemeinde Niederkrüchten (siehe StOV Eschw.-Stolberg) nur Außenst. WVerpflAmt im Stadtgebiet Ratingen und Kaserne Hubbelrath (siehe StOV Wuppertal)
5	Goch	Kleve Wesel	(K) (K)	ohne Gemeinden Emmerich und Rees (siehe StOV Wesel) ohne Gemeinden Hamminkeln, Wesel, Schermbeck, Hünxe, Voerde, Dinslaken (siehe StOV Wesel)
6	Hamm	Hamm Unna Warendorf Coesfeld	(S) (K) (K) (K)	nur Gemeinden Selm u. Werne (siehe StOV Unna) nur Gemeinden Ahlen, Beckum, Wadersloh (siehe StOV Münster)

Lfd. Nr.:	Standortverwaltung mit Geländebetreuungsaufgaben	Zuständigkeitsbereich Kreisfreie Stadt Kreis	= (S) = (K)	mit folgenden Einschränkungen
7	Iserlohn	Hagen Ennepe-Ruhr-Krs.	(S) (K)	ohne Gemeinde Schwelm (siehe StOV Wuppertal)
		Märkischer Kreis Hochsauerland-Krs.	(K) (K)	ohne Gemeinden Brilon, Marsberg, Olsberg, Winterberg, Medebach, Hallenberg (siehe StOV Unna)
		Olpe	(K)	nur Ortsteil Oedingen der Gem. Lennestadt (siehe StOV Siegen)
8	Münster	Münster Warendorf	(S) (K)	ohne Gemeinden Ahlen, Beckum, Wadersloh (siehe StOV Hamm)
		Steinfurt Coesfeld	(K) (K)	nur Gemeinde Greven
		Recklinghausen	(K)	nur TrÜbPl Haltern (siehe StOV Essen)
9	Rheine	Steinfurt	(K)	ohne Gemeinde Greven
10	Siegen	Oberbergischer-Krs.	(K)	nur Gemeinden Marienheide, Gummersbach, Bergneustadt, Wiehl, Reichshof, Nümbrecht, Waldbröl, Morsbach (siehe StOV Wahn)
		Olpe	(K)	ohne Ortsteil Oedingen der Gem. Lennestadt (siehe StOV Iserlohn)
		Siegen	(K)	
11	Unna	Dortmund Unna	(S) (K)	ohne Gemeinden Selm u. Werne (siehe StOV Hamm)
		Bochum	(S)	
		Herne Paderborn	(S) (K)	nur Gemeinden Büren und Wünnenberg (siehe StOV Augustdorf)
		Soest Hochsauerland-Krs.	(K) (K)	nur Gemeinden Brilon, Marsberg, Olsberg, Winterberg, Medebach, Hallenberg (siehe StOV Iserlohn)
12	Wahn	Köln Rheinisch- Bergischer-Krs. Rhein-Sieg-Krs.	(S) (K) (K)	nur Gemeinden Niederkassel und Troisdorf (siehe StOV Düren)
		Leverkusen Oberbergischer Kreis	(S) (K)	ohne Gemeinden Marienheide, Gummersbach, Bergneustadt, Wiehl, Reichshof, Nümbrecht, Waldbröl, Morsbach (siehe StOV Siegen)
		Erfthkreis	(K)	nur Gemeinde Hürth (siehe StOV Düren)
13	Wesel	Wesel	(K)	nur Gemeinden Hamminkeln, Wesel, Scherm- beck, Hünxe, Voerde, Dinslaken (siehe StVO Goch)
		Kleve	(K)	nur Gemeinden Emmerich und Rees (siehe StOV Goch)
		Borken	(K)	
14	Wuppertal	Ennepe-Ruhr-Krs.	(K)	nur Gemeinde Schwelm (siehe StOV Iserlohn)
		Wuppertal Solingen Remscheid Mettmann	(S) (S) (S) (K)	ohne Außenst. WBVerpflAmt im Stadtgebiet Ratingen und Kaserne Hubbelrath (siehe StVO Essen)

8300

Bundesversorgungsgesetz (BVG)
Zusammentreffen von Zuschüssen nach
§ 12 Abs. 2 BVG mit Beihilfen nach
beamtenrechtlichen Bestimmungen

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und
Soziales v. 4. 8. 1977 - II B 2 - 4058.1 (29/77)

Nach § 12 Abs. 2 BVG können den Berechtigten Zuschüsse zum Zahnersatz unter den Voraussetzungen des § 10 Abs. 4, 5, 7 und 8 BVG gewährt werden.

1. Hinsichtlich des Zusammentreffens dieser Zuschüsse mit beamtenrechtlichen Beihilfen nach den Beihilfenvorschriften des Bundes (BhV) bitte ich folgendes zu beachten:

Mit Rundschreiben des Bundesministers des Innern vom 18. 12. 1975 (GMBl. S. 830) sind die Beihilfenvorschriften des Bundes geändert worden. Nach Nr. 3 Abs. 4 BhV in der geltenden Fassung stehen sich nunmehr - soweit der Personenkreis der Berechtigten und Leistungsempfänger nach § 10 Abs. 4 BVG betroffen ist - zwei subsidiäre Leistungen gegenüber, bei denen nach den in der Rechtsprechung entwickelten Grundsätzen zu entscheiden ist, welche Leistung mit stärkerer Subsidiarität ausgestattet ist. Hierzu vertritt der Bundesminister des Innern die Auffassung, mit der Änderungsvorschrift zu den Beihilfenvorschriften vom 18. 12. 1975 sei das Subsidiaritätsprinzip bei den Beihilfen stärker zum Tragen gebracht worden. Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung teile ich diese Auffassung, die meines Erachtens ihren Ausdruck in der Beseitigung der Wahlmöglichkeit für Personen, die nach § 10 Abs. 4 BVG anspruchsberechtigt sind, gefunden hat.

2. Nach § 3 Abs. 4 der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO) vom 27. März 1975 (SGV. NW. 20320) sind Aufwendungen nur insoweit beihilfefähig, als sie über die nach anderen gesetzlichen Vorschriften zustehenden Leistungen hinausgehen. Zu den Leistungen in diesem Sinne gehören auch solche, die aufgrund des Bundesversorgungsgesetzes erbracht werden. Gegenüber den Leistungen nach der Beihilfenverordnung des Landes ist demnach der nach § 12 Abs. 2 BVG zu gewährende Zuschuß ebenfalls vorrangig.

Bei der Gewährung von Zuschüssen nach § 12 Abs. 2 BVG an Berechtigte und Leistungsempfänger im Sinne von § 10 Abs. 4 BVG bitte ich deshalb, Beihilfen zum Zahnersatz nach den Beihilfenvorschriften des Bundes sowie nach der Beihilfenverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen unberücksichtigt zu lassen.

- MBl. NW. 1977 S. 1187.

II.

Ministerpräsident**Verlust eines Dienstausweises**

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 31. 8. 1977 -
I B 3 - 1.5428

Der Dienstausweis Nr. 841 des Herrn Ministerialrat Dr. Harald Clausen, geb. am 21. September 1936, wohnhaft in Neuss, Magnolienweg 28, ausgestellt vom Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, ist in Verlust geraten.

Er wird hiermit für ungültig erklärt. Der unbefugte Gebrauch des Ausweises wird strafrechtlich verfolgt. Sollte der Ausweis gefunden werden, wird gebeten, ihn dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Mannesmannufer 1 a, zuzuleiten.

- MBl. NW. 1977 S. 1188.

Personalveränderung**Landesrechnungshof**

Es wurde ernannt:

Oberregierungsrat Diplom-Handelslehrer E. Wiebus
zum Regierungsdirektor

- MBl. NW. 1977 S. 1188.

Einzelpreis dieser Nummer 1,60 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf, Tel. 6888293/94, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf; Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt wird, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 29,50 DM, Ausgabe B 31,- DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.